

## □ Umfrage

### Die Stimmung der Führungskräfte vor der Bundestagswahl

#### Parteiprogramme im Test – Überraschung bei Sonntagsfrage

In einer Ende Juni 2009 durchgeführten Umfrage gaben 440 Teilnehmer des Umfragepanels »Manager Monitor« ihre Einschätzungen zu einer Auswahl von Aussagen aus den Forderungen aus den Wahlprogrammen der im Bundestag vertretenen Parteien sowie zu ihrer Parteipräferenz ab.

#### Sachthemen

Differenziert fällt das Bild aus, wenn die Teilnehmer einzelne Wahlkampforderungen der Parteien zu den Bereichen Arbeitspolitik, Steuerpolitik, Wirtschafts- und Standortpolitik, Sozialpolitik und Europapolitik beurteilen. Um das Antwortverhalten der Teilnehmer nicht zu verfälschen, wurden in der Umfrage

Einzelaussagen aus den Parteiprogrammen ohne Nennung der jeweiligen Quelle zur Bewertung gestellt. Die Auswahl der Forderungen ist nicht repräsentativ.

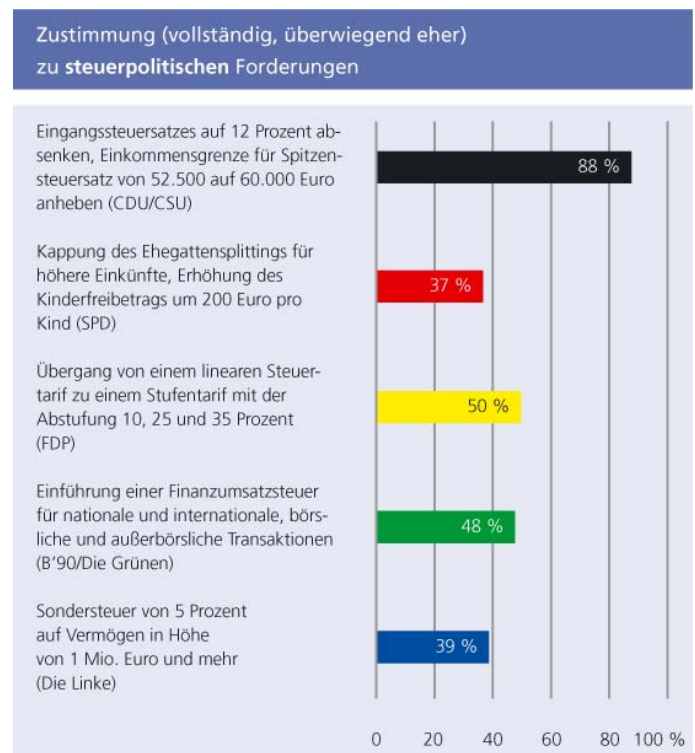
Dementsprechend eignet sich die Auswertung auch nicht zu einer Überprüfung der logischen Konsistenz des eigenen Wahlverhaltens – wie dies etwa der »Wahl-O-Mat« der Bundeszentrale für politische Bildung für sich beansprucht.

Interessant sind die Einzelergebnisse dennoch. Es zeigt sich, dass auch die von Führungskräften derzeit nicht präferierten Parteien mit Einzelforderungen auf hohe Zustimmungsraten stoßen.

#### Steuerpolitik

Die eher moderaten Steuersenkungspläne von CDU/CSU werden fast einhellig positiv bewertet. Das viel weitergehende Modell der FDP bleibt deutlich dahinter zurück (50 Prozent positive Bewertungen). Immerhin 48 Prozent bewerten den grünen Vorschlag einer Finanzumsatzsteuer positiv.

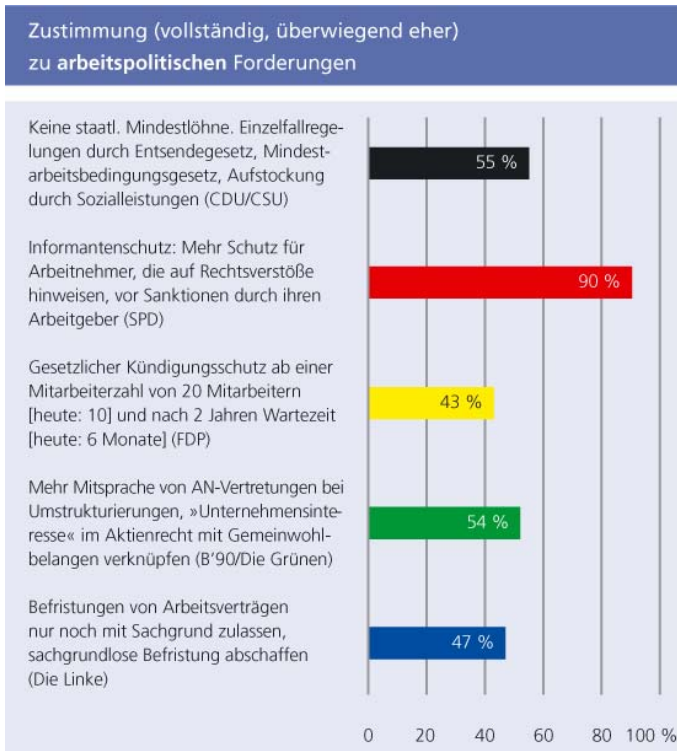
Mehrheitlich negativ bewertet werden hingegen die Vorschläge der SPD für eine Kappung des Ehegattensplittings (37 Prozent Zustimmung) oder das Modell der Linken für eine Sondersteuer auf Vermögen über einer Millionen Euro (39 Prozent).



#### Arbeitspolitik

Der Vorschlag der SPD für einen Informantenschutz von Arbeitnehmern bei Rechtsverstößen des Arbeitgebers findet mit 90 Prozent eine überwältigende Zustimmung. Knapp mehrheitlich befürwortet werden das Modell von CDU/CSU zur Frage von Mindestlöhnen sowie die Überlegungen von Bündnis 90/Die Grünen zur Ausweitung von Mitspracherechten der Arbeitnehmervertretungen bei Umstrukturierungen.

Keine Mehrheit finden hingegen die Vorschläge der FDP für höhere Schwellenwerte beim gesetzlichen Kündigungsschutz sowie der Linken für eine Abschaffung der sachgrundlosen Befristung.



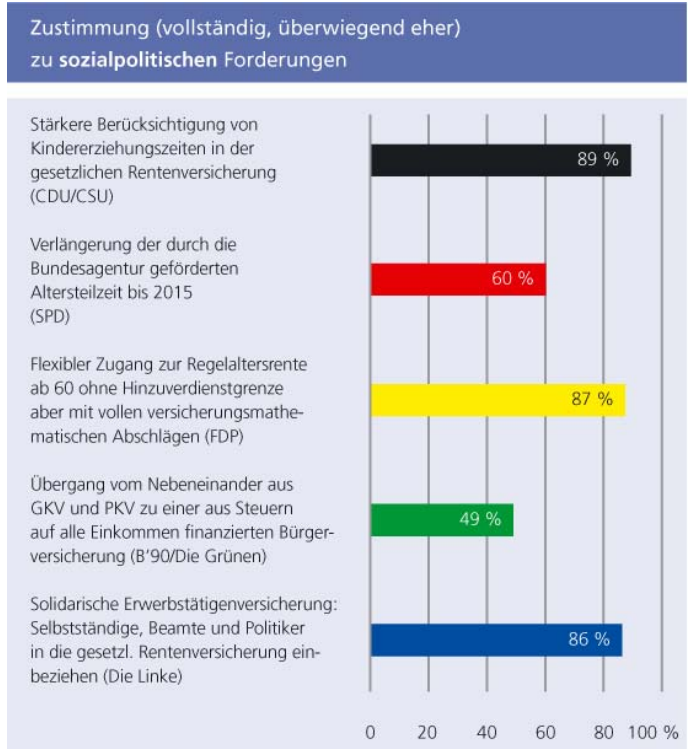
**Sozialpolitik**

Im Bereich Sozialpolitik stoßen fast alle zur Bewertung stehenden Forderungen auf große Zustimmung. Eine Ausnahme bildet die Kernforderung der Grünen im Bereich Sozialpolitik.

Ihre Forderung nach einer Verschmelzung von gesetzlicher und privater Krankenversicherung in einer solidarischen Bürgerversicherung wird von einer knappen Mehrheit der Befragten negativ bewertet.

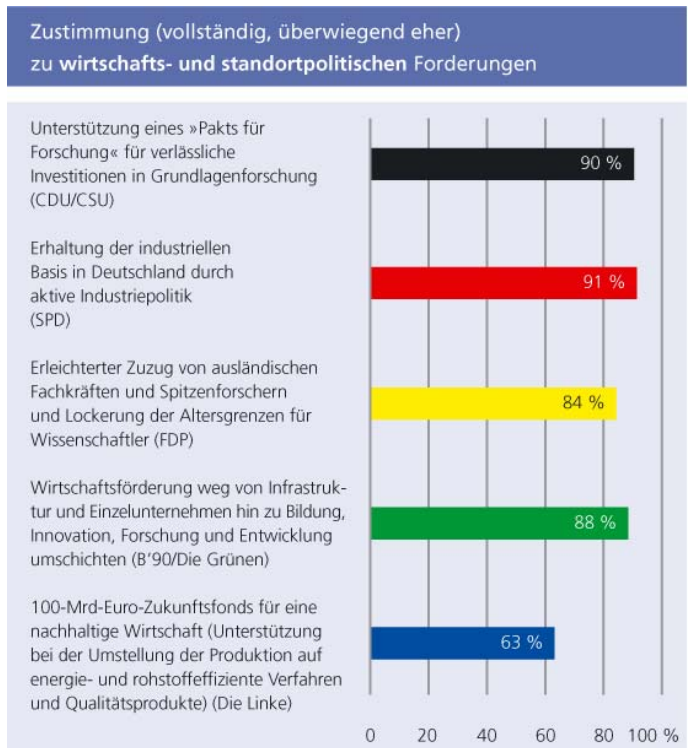
Auffällig sind die hohen Zustimmungswerte für die Forderung der Linken nach einer Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung.

Offenbar besteht auch bei den fast ausschließlich gesetzlich rentenversicherten angestellten Führungskräften ein ausgeprägtes Bedürfnis nach einer Gleichbehandlung aller Erwerbstätigen in der Frage der gesetzlich verpflichtenden Alterssicherung – zumindest in der »ersten Säule«.



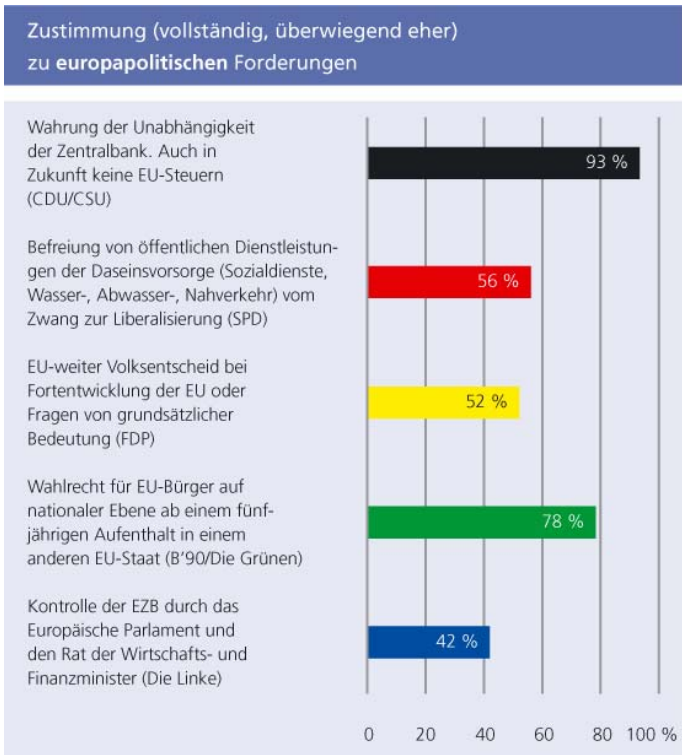
**Wirtschaftspolitik**

In der Wirtschafts- und Standortpolitik ist es allen Parteien gelungen, den Nerv der Führungskräfte zu treffen. Hier fällt nur die Zustimmung zur Forderung der Linken nach einem 100-Milliarden-Euro-Paket für eine nachhaltige Wirtschaft ein wenig zurück.



### Europapolitik

Die Befragten unterstützen fast einhellig das Konzept einer unabhängigen Europäischen Zentralbank: 93 Prozent Zustimmung für die dem entsprechende Forderung der CDU/CSU gegenüber 42 Prozent Zustimmung für die Forderung der Linken nach einer Kontrolle durch Parlament und den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister. Mehrheitlich positiv bewertet werden die Vorschläge von FDP und Bündnis 90/Die Grünen für eine Stärkung von Rechten der EU-Bürger. Den von der SPD geforderten zurückhaltenderen Kurs bei der Liberalisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge unterstützen immerhin 56 Prozent.

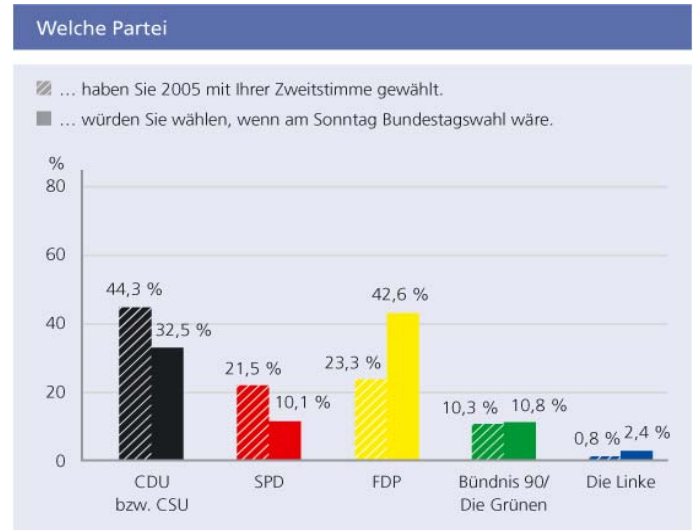


### Sonntagsfrage

Bei der Frage »Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären«, ergibt sich ein Ergebnis, das in den Parteizentralen wahlweise für große Freude oder blankes Entsetzen sorgen dürfte. Verallgemeinerte man die Ergebnisse dieser »Sonntagsfrage«, gäbe es eine klare Machtperspektive nur für die Union – und zwar als Juniorpartner der FDP in einer gelbschwarzen Koalition. Denn die FDP schnellte von 23,3 auf 42,6 Prozent.

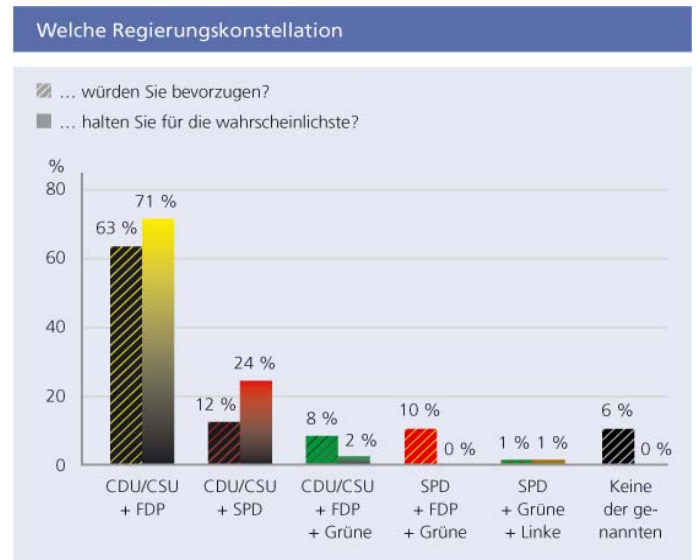
CDU/CSU verlieren im Vergleich mit den Wahlen vor vier Jahren dramatisch an Zustimmung und fallen von 44,3 auf nur noch 32,5 Prozent. Die SPD büßt über die Hälfte der Wähler ein, die sie 2005 unter den Führungskräften noch hatte. Mit 10,1 Prozent erreicht sie einen Wähleranteil, den sie sonst allenfalls aus Sachsen kennt. Dass sie damit ihr Wählerpotenzial bei den Führungskräften nicht einmal annähernd ausschöpft, zeigen die 21,5 Prozent aus dem 2005. Bei den Wahlen 2002 lag der SPD-Anteil sogar noch

bei fast 25 Prozent. Bündnis 90/Die Grünen liegen mit 10,8 gegen über 10,3 Prozent 2005 knapp, aber stabil im zweistelligen Bereich. Die Linke schafft es mit 2,4 Prozent zwar, ihren Stimmenanteil unter den Führungskräften zu steigern, bleibt aber immer noch weit unter der Fünf-Prozent-Marke.



### Koalitionsüberlegungen

Die zwei Fragen nach der erwarteten und individuell bevorzugten Koalitionszusammensetzung führen zu einem eindeutigen Ergebnis. Eine schwarz-gelbe Koalition ist die mit großer Mehrheit (71 Prozent) erwartete und von einer etwas kleineren Mehrheit (63 Prozent) bevorzugte Konstellation. 24 Prozent halten eine Fortsetzung der großen Koalition für am wahrscheinlichsten. Gewünscht wird dies aber nur von zwölf Prozent. Für eine Jamaika-Koalition aus CDU/CSU, FDP und Grünen können sich sieben, für eine Ampel-Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP neun Prozent erwärmen. Keine Unterstützung findet eine rot-rotgrüne Koalition.



## Zusammenhänge

Meist besteht kein statistischer signifikanter Zusammenhang zwischen der Wahlabsicht und der Beurteilung einer bestimmten politischen Forderung. Signifikante Unterschiede – gab unter anderem in folgenden Einzelfällen:

- Zukunft des Kündigungsschutzes: Höhere Schwellenwerte für den Kündigungsschutz finden nur bei FDP-Anhängern Zustimmung und werden ansonsten abgelehnt.
- Mehr Mitsprache bei Umstrukturierungen und Abschaffung sachgrundloser Befristungen: Beide Forderungen werden von Anhängern von SPD, Grünen und Die Linke mehrheitlich befürwortet, von Anhängern von CDU/CSU und FPD hingegen abgelehnt – im Falle der Union allerdings nur knapp.
- Befreiung von öffentlichen Leistungen der Daseinsvorsorge vom Zwang zur Liberalisierung: Diese Forderungen wird nur von Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken mit besonderem Nachdruck unterstützt, ansonsten nur knapp mehrheitlich unterstützt (CDU/CSU, SPD) oder sogar mehrheitlich abgelehnt (FDP).

## Impressum

Unter [www.manager-monitor.de](http://www.manager-monitor.de) veröffentlicht der Deutsche Führungskräfteverband sechs Mal im Jahr Umfragen zu aktuellen Themen aus den Bereichen Steuerpolitik, Sozialpolitik, Arbeitspolitik, Europapolitik und Management. Die Umfragen basieren auf einem festen Panel mit rund 1.000 berufstätigen Führungskräften aus nahezu allen Branchen der Privatwirtschaft im Alter von 30 bis 65 Jahren.

Der Deutsche Führungskräfteverband vertritt die politischen Interessen der angestellten Führungskräfte in Berlin und Brüssel.

Seine Mitgliedsverbände bieten den Führungskräften eine individuelle berufsbegleitende Beratung rund um den Arbeitsvertrag. Sie bieten Raum für einen Zusammenschluss von Führungskräften auf regionaler und betrieblicher Ebene und gewährleisten so eine wirkungsvolle berufliche Interessenvertretung. Sie liefern ihren Mitgliedern aktuelle Informationen durch Broschüren, Merkblätter oder Newsletter und ihre Verbandszeitschriften.

Seminare und Kooperationen mit Anbietern von für Führungskräfte besonders interessanten Dienstleistungen mit günstigen Sonderkonditionen für Mitglieder runden das Angebot der Verbände ab.

Die Verbände des ULA-Netzwerks im Überblick

[www.vaa.de](http://www.vaa.de) | [www.die-fuehrungskraefte.de](http://www.die-fuehrungskraefte.de) | [www.vga-koeln.de](http://www.vga-koeln.de) | [www.vdl.de](http://www.vdl.de) | [www.kdf-online.org](http://www.kdf-online.org) | [www.vbu-ev.de](http://www.vbu-ev.de)

Herausgeber *Deutscher Führungskräfteverband (ULA)*

Kaiserdamm 31 | 14057 Berlin

Telefon 030.30 69 63-0 | Fax 030.30 69 63-13

E-Mail [info@ula.de](mailto:info@ula.de) | [www.ula.de](http://www.ula.de)

Redaktion *Andreas Zimmermann*

Verantwortlich *Kay Uwe Berg*

Gestaltungskonzept *Nolte | Kommunikation*